

Stegerwalds Rede im Staatsrat

In der heutigen Eröffnungssitzung des Preussischen Staatsrats hielt

Ministerpräsident Stegerwald

folgende Rede:

Ramens des Preussischen Staatsministeriums habe ich die Ehre, Sie bei Ihrem ersten Zusammentreten auf das wärmste zu begrüßen. Ich muß zunächst um Nachsicht bitten, daß die Unterbringung des Staatsrats noch nicht in einer Weise hat durchgeführt werden können, wie es Ihren berechtigten Ansprüchen entspricht. Doch nehme ich an, daß dies im Einvernehmen mit Ihrem Herrn Präsidenten in allerhöchster Zeit der Fall sein wird.

Art. 31 der Verfassung bestimmt, daß zur Vertretung der Provinzen bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Staates ein Staatsrat gebildet wird. Schon in dieser knappen Fassung ist die außerordentliche Bedeutung zum Ausdruck gebracht, die die Verfassung dem Staatsrat zuweist. In der Richtung der preussischen Politik, den berechtigten Bestrebungen der Provinzen auf

freie Entwicklung ihrer Eigenart

entgegenzukommen, ist die Schaffung des Staatsrats der wichtigste und bedeutsamste Schritt. Es soll seine Aufgabe sein, bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Staates die Fühlung zwischen den Provinzen und den Zentralbehörden des Staates enger zu gestalten. Damit soll einmal erreicht werden, daß die Bedürfnisse und Wünsche der Provinzen ihre höchste Berücksichtigung finden. Darüber hinaus wird die Aufgabe des Staatsrats sein, auf Grund der praktischen Erfahrungen seiner Mitglieder und freiesonengherzigem Parteilosismus dem Wohl des ganzen Staates zu dienen und seine Weiterentwicklung zu fördern.

Der preussische Staat, wie er in seiner halbttausendjährigen unvergleichlichen Geschichte herangewachsen ist, ist trotz der schmerzlichen Wunden, die unter allen deutschen Staaten gerade ihm der verlorene Krieg geschlagen hat, noch immer ein Staatsgebilde von festem Wuchs und von seltener Ausgeglichenheit.

Ein Staatsgefüge, das wie das preussische auf einem so langen organischen Wachstum beruht, läßt sich nicht von heute auf morgen vom grünen Tisch aus in völlig neue Lebensformen umwandeln. Organische Entwicklung allein kann allmählich zum angestrebten Ziele führen. In der gegenwärtigen Zeit furchtbaren außenpolitischen Drucks kann es jedenfalls nur unserer aller Aufgabe sein,

das Gefühl der Zusammengehörigkeit

mit aller Kraft zu pflegen. Wie die einzelnen Volksgenossen, so gehören auch in der heutigen Zeit die Verwaltungskörper innerhalb des Staats fest zu einander. Auch sie dienen den Bedürfnissen der schweren Zeit, wenn sie sich in erster Linie als Glied eines großen Ganzen fühlen. Das Wohl der Provinzen ist das Wohl des Staates, und das Wohl des preussischen Staates ist bei unserer gegenwärtigen politischen Gesamtlage eine wesentliche Voraussetzung für das Wohl des Reiches. So greifen die Interessen untrennbar ineinander. Ich zweifle nicht, daß bei Ihrer Arbeit Ihnen stets diese Zusammenhänge bewußt bleiben werden. (Zustimmung.)

Eine besondere Aufgabe weist die Verfassung dem Staatsrat noch auf finanziellem Gebiet zu. Sie wissen alle, daß die finanziellen Fragen zu alles abfordernden Fragen im Reich und im Staat geworden sind, so brauche ich die Bedeutung der Aufgabe, die dem Staatsrat hier gestellt ist, nur zu erwähnen, ohne sie noch besonders unterstreichen zu müssen. Eine der ersten Vorlagen, die Ihnen ausgehen werden, wird

der Staatshaushalt für das Rechnungsjahr 1921

sein, der ein Urteil über die erste finanzielle Lage des Staates gestatten wird. Weitere Vorlagen werden unmittelbar folgen.

Ich darf diese Stunde nicht vorübergehen lassen, ohne auf das wärmste unserer leidenden Volksgenossen in den besetzten Gebieten zu gedenken. Mit besonderer Trauer erfüllt es uns, daß wir die rechtmäßigen Vertreter Oberschlesiens in Folge eines ungeheuren Rechtsbruchs nicht in unserer Mitte begrüßen können.

Gegen die

Vergewaltigung des Rechts,

gegen den brutalen Überfall auf friedliche Bürger lege ich auch an dieser Stelle die schärfste Verwahrung ein. Unsere Sorge wird dahin gehen, alles, was in unserer Macht steht, um umzusetzen und seinen in der Volksabstimmung klar zum Ausdruck gekommenen Wünschen zu Geltung zu verhelfen. (Beifall.)

In überaus enger Zeit treten Sie zum ersten Male zusammen. Vom Osten und Westen drohen dem Reich und Preußen nicht nur Gefahren für seinen augenblicklichen Bestand für die Unabhängigkeit und Freiheit des Landes, sondern auch finanzielle Belastungen, wirtschaftliche Schädigungen und drückende Maßnahmen, unter denen noch Kinder und Kindeskinde zu leiden haben werden.

Trotz dieser dunklen Wolken, die das Leben jedes einzelnen von uns und des gesamten Volkes verdrängen, wird der preussische Staatsrat, davon bin ich überzeugt, mit festem Glauben an die Zukunft unseres Volkes in vollem Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit an seine verfassungsmäßige Aufgabe herangehen und sein volles Teil dazu beitragen, unseren Kindern und Enkeln ein glücklicheres Vaterland zu übergeben, als wir Lebenden es besitzen.

Ich möchte nunmehr vorschlagen, daß das Älteste anwesende Mitglied den Vorsitz übernimmt und Sie dann zur Wahl Ihres Präsidenten schreiten. (Beifälliger Beifall.)

Worte und Taten.

Der Brüsseler „Peuple“ vom 5. Mai bringt folgenden Kommentar zur Lage:

„Die sozialistische Presse in Deutschland weist die deutsche Regierung allerdings mit einer gewissen Energie auf ihre Pflicht hin und betont, daß nur durch äußerstes, weitgehendstes Entgegenkommen dem Reich neues Unglück erspart werden kann. Aber — so wird gefragt — warum begünstigt sich die deutsche Arbeiterklasse mit Worten? Wir haben beim Rapp-Putsch gesehen, daß sie die Kraft hat, sich wie ein Mann zu erheben und die Gegenrevolution im Keime zu ersticken. Warum geben heute die Arbeiterorganisationen nicht von einem Ende des Landes zum anderen in unmißverständlicher Weise ihrem Willen Ausdruck, dem Ruhrgebiet die Okkupation und die Arbeit unter militärischer Aufsicht zu ersparen?“

Jede einzelne dieser Fragen geben wir in vollem Umfang an die belgischen Arbeiterorganisationen zurück. Nicht unsere — ihre Armeen sind es, die es aufzuhalten gilt, nicht unsere — ihre Regierung droht mit der Okkupation, gegen die sie uns, unnötigerweise, zum Protest auffordert! Und was es weiter heißt: „Es genügt nicht, in Amsterdam Beschlüsse zu fassen. Diese Beschlüsse müssen ausgeführt werden.“ — Ich frage Sie: Was hat denn die belgische Partei bisher zur Ausführung dieser Beschlüsse getan? Es ist den belgischen Genossen bekannt, daß die deutsche Partei die Amsterdamer Beschlüsse dem Reichstag unterbreitet hat, es ist ihr bekannt, daß das deutsche Angebot diesen Beschlüssen teilweise Rechnung trägt, und daß der Internationale Gewerkschaftsbund es deshalb als geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen bezeichnet. Aber wir haben nichts gehört davon, daß die belgische Regierung, in der vier Sozialdemokraten sitzen, sich gegen die militärischen Sanktionen wendet, die die Amsterdamer Resolution aufs schärfste verurteilt. Wo bleiben die „Taten“ der belgischen Genossen?

Groß-Berlin

Wunder.

Wir ergründen des Frühlings Offenbarung nicht aus Büchern, noch erfragen wir sonst sein sieghaftes Bild. Nein, aus niederstem Gestein sprechen seine grünen Sendboten.

Wer kennt nicht das alte Kroll-Theater am Königsplatz? Lange steht es schon da... lange und leer. und die Mauern sind zerfallen und der Wind streicht durch die Hallen“ könnte man sagen. Rings bräutet der Fuß von den Wänden, hängt das Gestein von den Dächern, blinken zerfallene Fensterhebeln. Dede flart das Haus in die Weite. Kümmerst sich niemand um den einst so stolzen Bau? Es scheint so. Doch etwas Tröstliches winkt dem Menschen zu aus dem Kreis grauer Gedanken herauszufreten. Dort unten winkt es, von der alten steingelben Mauer, auf deren Rücken Schutt und Erde liegt, über die die Frühlingssonne lacht und golden schreitet. Das ist sie wohl schon manches Sahe und hat mit ihren warmen Strahlen einen Samen zum Leben erweckt. Ein Birkenbäumchen schwingt sich leicht aus der Mauer, neigt sich still in den Himmel hinein. Mit weichem Stämmchen und grünüberstauten Zweigen. O Wunder! Staunend bleibe ich vor dem Bäumchen stehen und blide gläubig wie ein Kind zu ihm empor. All meine Hoffungslosigkeit, die plötzlich aus mir aufsteigt, möchte ich an die Zweige hängen. Ein Frühlingswunder — ein Baumwunder — ein sichtbares Zeichen der ewig waltenden Natur, die im Frühlings stets aufs neue ihre Auferstehung feiert. ...

Herr braust die Großstadt. Die goldstropfende Kuppel des Reichstagsgebäudes blinkt herüber — ich sehe sie nicht. Mein Blick hängt an den Birkenzweigen, die sich sanft in den Lüften wiegen.

Der neue Mietzuschlag.

Stimmungsmache der Hausbesitzer.

Die Meldung, daß der von der Stadtverordnetenversammlung in Sachen der Höchstmieten gewählte Sachverständigenausschuss sich für einen Zuschlag von 100 Proz. zur Miete von 1914 ausgesprochen habe, ist falsch. Schon in unserer Donnerstagsnummer, in der wir diese von einer Zeitungs-Korrespondenz verbreitete Nachricht wiedergaben, bezeichneten wir einen solchen Vorschlag als unglücklich. Die betreffende Zeitungskorrespondenz hat Beziehungen nicht zum Rathaus, sondern auch zu Kreisen der auf möglichst weite Hinausschiebung der Höchstmieten hinarbeitenden Hausbesitzerorganisationen. Den Hausbesitzern ist damit gedient, daß durch derartige Falschmeldungen die Mieterchaft in eine Stimmung versetzt wird, in der sie sich auf das Schlimmste gefaßt macht und hinterher das minder Schlimme noch als ein „Entgegenkommen“ empfindet. Deht wird gemeldet, daß der „Sachverständigenausschuss“, der sich für 100 Proz. ausgesprochen hat, nur aus den um ihre Meinung fragten Hausbesitzern und Mietervertretern bestand. Daß diese „Sachverständigen“ in ihren Forderungen nicht schächtern sind, glauben wir ohne weiteres. Wir verstehen nur nicht, welchen Zweck die Sonderbefragung der Hausbesitzer hatte. Der richtige Sachverständigenausschuss, der von der Stadtverordnetenversammlung gewählt ist und aus Hausbesitzern und Mietern besteht, hat sich gleichfalls schon geäußert, aber ganz anders. Er hat erklärt, eine Erhöhung des Mietzuschlages dem Magistrat nicht empfehlen zu können, bevor der Wohlfahrtsminister den § 10 der Höchstmietenverordnung (Anspruchnahme der Mieter bei Erhöhung öffentlich-rechtlicher Lasten und bei Reparaturen) geändert hat.

Der Eden-Direktor vor Gericht.

Die Lebensmittelschiebungen des Eden-Hotels, die seinerzeit in Berlin großes Aufsehen erregten, werden heute die 1. Strafkammer des Landgerichts II beschäftigen. Angeklagt ist der frühere Direktor des Hotels, Birndorfer, der wegen Vergehen gegen die Rationierungsvorschriften zu 9 Monaten Gefängnis und 200.000 Mark Geldstrafe verurteilt worden war. Birndorfer flüchtete dann in die Schweiz, wurde aber dort verhaftet und nach Deutschland ausgeliefert. Da die Auslieferung nur wegen Befestigung erfolgt ist — bei der Durchsicht der Bücher des Eden-Hotels fand man Posten gebucht, die sich auf Befestigung von Polizeibeamten beziehen sollen — kann nur wegen dieses Deliktes gegen Birndorfer vorgegangen werden.

In der heutigen Verhandlung bestritt der Angeklagte zum Teil in sehr erregter Weise, sich der Beamtenbefestigung schuldig gemacht zu haben. Der Vorsitzende hält ihm vor, daß sich in den Büchern verschiedene Posten befinden, die deutlich erkennen lassen, daß an die Polizei Geldbeträge gezahlt worden sind. Die Eintragungen sind zum Teil in englischer Sprache erfolgt. So lautet eine Buchung: „Police, Station and Kommiss“, eine andere: „Police“. Der Angeklagte erklärt hierzu, daß tatsächlich Beträge an die Polizei gezahlt worden seien, jedoch nicht zu Befestigungszwecken, sondern nur zur Stellung einer besonderen Schutzwache in der damals sehr unsicheren und aufgeregten Zeit, ferner für die Ausrüstung von Diebstählen. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß sämtliche in Frage kommenden Polizeibeamten vernommen worden sind und sämtlich bestritten haben, Geld erhalten zu haben. Zu der Verhandlung sind etwa 20 Zeugen geladen.

Prügel, die er nicht erhielt.

Ein dreister Erpresser, der eine Frau und deren Tochter durch drei Erpresserbriefe eine ganze Zeitlang in Aufregung gehalten hat, stand in der Person des vielfach vorbestraften Händlers Richard Zöllner vor der Strafkammer des Landgerichts I. Eine Frau S., die jetzt geschieden ist, hatte unter den Roheiten und unwirtschaftlichen Maßnahmen ihres Ehemannes arg zu dulden und begie den Wunsch, diesen einmal von zwei handfesten Männern verprügelt zu lassen. Sie äußerte diesen Wunsch einem ihr bekannten Mann gegenüber, der sich auch bereit erklärte, diese Vorschläge zu vollziehen. Er fand einen Helfershelfer in dem Angeklagten und beide erhielten von der Zeugin je 30 Mk. Dann wurde es der Zeugin aber wieder leid, sie besann sich eines Besseren und winkte den beiden schlagbereiten Straßvolkshelden ab, so daß aus der Prügelei nichts wurde. Der Angeklagte machte sich aber die Situation auf seine Art zunutze. Er richtete einen Erpresserbrief an Frau S., in dem er drohte, sie wegen der angeblichen Mißthat, ihren Mann zu ermorden, zur Anzeige zu bringen, wenn sie ihm nicht eine größere Geldsumme ausbezahle. Die geängstigte Frau, die entschieden bestritt, irgendwelche Vorabsichten gehabt zu haben, gab ihm das Geld, der Angeklagte ließ aber nicht locker. In einem weiteren Drohbrief verlangte er noch 1500 Mk. und als er damit kein Glück hatte, richtete er einen gleichen Brief an die Tochter, in dem er ihr wiederholt ausseinandersetzte, daß es doch für die ganze Familie furchtbare Folgen haben würde, wenn er Anzeige erstatten würde. Nun wandte sich die Zeugin zu ihrem Schutz an die Kriminalpolizei. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einem Jahre Gefängnis.

„Polnische Zuckerschleichen“. Zu der unter dieser Spitzmarke am Donnerstag erschienenen Mitteilung schreibt uns die Firma Erwald Pilsch, daß die Konjunkturschreiber Werner und Kolombed wie auch Herr Pilsch sich nicht in Unterjuchung befinden.

Jugendweibe.

Wieder feiern junge Menschen ihren Eintritt ins Leben. Wieder treten Tausende von Kindern, selbst Tausende von Arbeiterkindern an die Altäre der Kirche, um den Segen des Geistlichen zu empfangen. Noch gibt es viele Arbeiterkinder, die ihre Klassenlage zu Segen der kirchlichen Reaktion macht, die sich doch nicht irrt, wenn den Geistern ihrer Kinder eine ihrem Wesen fremde Denkart aufzugenossen werden soll. Arbeiterkinder, die trotzdem ihre Schritte in die Kirche lenken, wenn ihre Kinder die engen Mauern der Schule verlassen, in jenes Haus, in dem viel von Gott gesprochen wird, in dem aber wirkliche Religion so oft keine Stütze findet.

Sollen unsere Kinder ohne Feiertag in ein Leben treten, das angeordnet wurde, bald aber schwere Enttäuschungen bringen wird trotz aller „Freiheit“, die sich den schuldigen und verlangenden Eliden der jungen Menschen darbietet? — Man hat es und oft genug vorgeworfen, daß auch wir unsere Einsegnung, unsere Konfirmation haben. Wir sind stolz darauf. Wir legen den Kindern die Wahrheit, ohne die Ungerechtigkeit dieser Weltordnung mit dem Willen einer höheren Macht, deren Wege unser Verstand nicht begreifen kann, zu verdeutlichen. Eine stille Feier vereint die Arbeiterjugend, die an diesem heiligen hoffnungsvollen Stunden, in andachtsvoller Stunde. Eine Weiberebe, künstlerische Vorbildungen und ein gutes Lied mit auf den Weg — das ist unsere Jugendweihe, so werden wir den Ansprüchen einer denkenden Jugend gerecht. Arbeiterkinder — bereitet euren Kindern keine falsche Feiertag! Es wäre bitter, wenn sie euch später Vorwürfe machen könnten, weil ihr sie vielleicht gedankenlos an den Altar geführt habt.

Die Jugendweihen finden am Sonntag, den 18. September d. Js., vormittags 11 Uhr, in Berlin, Charlottenburg, Lichtenberg und Reutlitz statt. Den Jugendweihen geht ein Lebenskundeunterricht voraus und muß deshalb die Anmeldung unter Anhangung von 2 Mk. als Einreichungsgebühr sofort vorgenommen werden bei Adolf Joseph, NW 21, Wilhelmshäuser Str. 48 (Zeitungszentrale); Walter Käßner, N 88, Rydener Str. 127; Richard Schröder, NO 56, Goldader Str. 9; Paul Kluge, SW 61, Barmer Str. 16; Herbert Meyer, SO 33, Rannstr. 4; Viktor Hah, SO 36, Horger Str. 117, vorn 4 Tr.; Parteisekretariat Charlottenburg, Kohnenstr. 4, vorn 1 Treppe (Toll); Max Baranowski, Lichtenberg, Niederbismarckstr. 4; Parteisekretariat Reutlitz, Jägerstr. 66 (Wendeler); Jugendsekretariat, NW 40, In den Reiten 28, Zimmer 1.

Nach dem 10. Mai können Anmeldungen nicht mehr angenommen werden.

Wenn die Zwangswirtschaft für Butter aufhört.

Sobald wird nun auch die Butter zu den „Gegenständen des täglichen Bedarfs“ gehören, die sich nur eine kleine Gruppe von Auserwählten leisten kann. Die auf dem Buttermarkt sich vorbereitende Situation wird durch folgende am 4. Mai vom „Total-Anzeiger“ gebrachte Annonce eines schleswig-holsteinischen Butterhandlars beleuchtet:

Suchender Nebenverdienst. Gesucht für Berlin gebildete Damen, die beabsichtigen, nach der demnächst erfolgenden Wende der Zwangswirtschaft für Butter gegen Provision in den besseren Kreisen für den Bezug außerordentlich vorteilhafter Kunden zu werben. Schriftliche Meldungen usw.

In den „besseren Kreisen“, denen die „allerfeinsten Rollereibutter“ ausgedacht ist, gehören vor allem die Schieber und Kriegsgewinnler.

Das operettenhungrige Potsdam. Nicht mit Unrecht trägt die Potsdamer Schauspielhaus die Aufschrift „Dem Vergnügen der Einwohner“. Die Potsdamer Stadtbücher hatten sich längst mit dem Vergnügen der Einwohner zu befassen. Das einstmalige königliche Schauspielhaus fordert städtischen Zuschuß. In dieser Sitzung wurde viel über den Beschluß der Potsdamer gestritten. Es kam dabei zur Sprache, daß ernsthafte Stücke, darunter „Mascott“, für die Kasse einen Mißerfolg brachten. Die Potsdamer verlangten bei allen ernstlichen Stücken sogar die lustige Zwischenaktmusik. Den größten Erfolg, den je das Potsdamer Schauspielhaus zu verzeichnen hatte, hatte es mit der Operette „Mascott“. Diese Operette bringt jeden Abend bombastische Häuser. Nachdem sich die Stadtbücher über den Beschluß der Potsdamer herumgestritten hatten, wurde der geforderte städtische Zuschuß zum Vergnügen der Einwohner bewilligt.

Reumütige Abbitte. Auf meiner Wanderung durch Berlin am 1. Mai ist mir ein bedauerliches Unglück passiert: Ich habe, ohne es zu ahnen, jemand auf die Füße getreten. Und zwar die kommunistische Jugendgruppe, die sich am Halleschen Tor sammelte, und mir ohnungslos Modell für ein paar launige Sätze stand. Wie es aber immer so geht: Das Modell will von dichterlicher Freiheit nichts wissen, sondern so sehr wissenschaftliche Genauigkeit. Und wie vor vielen, vielen Jahren Charlotte Buff und ihr Gatte Albert es Goethen schwer übeln, daß er sie durch seinen Werther-Roman der vorliegenden Reue der Zeitgenossen aussetzte, so ist Jugendgenosse Fritz untröstlich, daß ich ihm bei seiner Bewegung im „Vorwärts“ zwei rote Fahnen an kein Fohrad Redie, während er hoch und heilig beschwört, nur eine daran gehabt zu haben. Auch sonst habe ich bei der Skizzen der kommunistischen Jugendzirkel schwere Unkenntnis der Statuten verraten, woraus sich deutlich meine wehrhafte Gesinnung und konterrevolutionäre Weltanschauung ergibt. Ich bitte den Jugendgenossen Fritz sowie die übrigen reumütig um Vergebung und verspreche, ihm die freventlich geschwundelte zweite rote Fahne auf den nächsten Geburtstagspartij zu legen. Mich von Sünden heilen.

47 neue Oberstadtssekretäre. Am Dienstag hat die Personalkommission des Berliner Magistrats 47 Stadtssekretäre zu Oberstadtssekretären, vorbehaltlich der endgültigen Wahl durch den Berliner Magistrat, vorgeschlagen. Die Zahl der Oberstadtssekretäre in der neuen Stadtgemeinde Berlin wird durch diese Wahl und spätere Ernennung um 40 vermehrt.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postauslage bei.

Der Allgemeine Bildungsverband veranstaltet Sonntag, 8. September, nachmittags 4 Uhr, in der Triptom-Strasse eine Sondervorführung des berühmten Kulturfilms „Wander der Schneekuh“. Eintrittspreis auf allen Bühnen nur 4 Mk. Karten sind nur in folgenden Geschäften erhältlich: Nordbahn, Alexanderstr. 101, Horst, Engelstr. 15, Nummer, Reppenstr. 16, Goldberg, Simplicienstr. 42.

Gewerkschaftstaktik Kommissar. Montag 7½ Uhr bei Simt, Sitzung. Sachliche und pünktliches Erscheinen aller Delegierten ist zwingend.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Freitag, den 6. Mai:

6. Kreis, Volkisches Tor, 7½ Uhr bei Dr. Bröge, Döberichstr. 57, Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Parteimitglieder. Kandidaten willkommen.

7. Kreis, Schöneberg, 7½ Uhr bei Hofmann, Döberichstr. 57, Sitzung der Kreisgruppe. Erweiterung der Parteimitglieder ist zwingend notwendig.

8. Kreis, Friedrichshagen, 7½ Uhr, Parteimitgliederkonferenz bei Grosse, Treckow, 10. Kreis, Köpenick, 7½ Uhr bei Bröge, Döberichstr. 57, Sitzung der Parteimitglieder. Erweiterung der Parteimitglieder ist zwingend notwendig.

9. Kreis, Prenzlauer Berg, 7½ Uhr bei Bröge, Döberichstr. 57, Sitzung der Parteimitglieder. Erweiterung der Parteimitglieder ist zwingend notwendig.

10. Kreis, Mitte, 7½ Uhr bei Bröge, Döberichstr. 57, Sitzung der Parteimitglieder. Erweiterung der Parteimitglieder ist zwingend notwendig.

11. Kreis, Charlottenburg, 7½ Uhr bei Bröge, Döberichstr. 57, Sitzung der Parteimitglieder. Erweiterung der Parteimitglieder ist zwingend notwendig.



Wanze

verlilgt restlos nur Kam
Erfolg verblüffend. Kinde
Beste Zeit zur Brutverle
u Apotheken ab sämtl. War
bestellt bei Herrn A. Gro

Schuhhaus Kuntze Nachfl.,
Nur Große Frankfurter Straße 83
Ecke Marsiliusstraße.

Hüte werden nach neuesten Formen
in bekannt bester Ausführung **umgepreßt.**

Telef.-Adresse „Erfelder“ : Tel. Lichnerd 910 047

Schroder, Straße 101,
Gebäude III.

100

* Inseraten - Annahme

* Inseraten - Annahme

**Eichtenberg, Vogt-
land.**
Hieses Jhs. Baden.
Friedrich-St. 9.
Kentwig Kaiser-
bergbahn 84,
St. 29.
7; Silbering 763.
Uhr. von 9-6 Uhr.
St. 10 II.
dones Tre-
ehnstr. 18.
Kaiserlicher Str. 8.
Altenstr. 4.
Schle Boelns-
Gemeinsh.-Str. 24.
n 9-6 Uhr.
et 92 a.

Spanbau: Sulz, Moritzstr. 14, Rath 3 St.
Glaasen: Frau Ruffer u. Glaasen, Scheldstr. 12.
Schrade: Ludwig Schleifer, 26.
Tiegel: Sebide, Schildbornstr. 12.
Tegel, Dornwalde, Reinhardt-Weil, Waldmannst.
Freie Schöte, Bernsdorf, Biersenwerder, Vergleich
Salpe und Bergeshut: Vorklause, Kausstr. 10, G.
Sinn von 9-6 Uhr.
Kellom: Krüger, Coban, Dorst. 2.
Lampthal: Kaiser-Wilhelm-Str. 15.
Zempthal: Reubler, Hohenzollernstr. 5.
Tredini Oering, Buchholzstr. 62.
Trepman: Gramens, Tiefholzstr. 412, born 1 St.
Rathenfest Berliner Allee 34.
Bismarck-Schlösser: Ruh. Lellom.
Wilhelmsbagen, Beckenwinkel: Schulze, Wilhelmsbagen
Wilhelmstr. 21.
Wilmersdorf: Volkseigene Str. 10, Kaiserplatz 15.
Wilmers: Wih. Zimmermann, Holstenhaier Str. 4.
Vollrathstr: Schurbaum, Eichenbaum 22.
Reichardt: Schlachtenf. Altkaserne: Wegner, Reiter
hof, Lillow Str. 4.
Reuthen, Wilmersdorf: Graf Winterfeld, Reuthen
Rudolphstr. 46.
Jessen: Albert Stein, Wittenwaider Str. 17.

**Sämtliche Literatur sowie alle wissenschaftlichen Werk-
zeuge werden abgegeben.**

Samstag und die Gesellschaften geschlossen.